

Magnus-Sebastian Kutz

Öffentlichkeitsarbeit in Kriegen

Legitimation von Kosovo-,
Afghanistan- und Irakkrieg in
Deutschland und den USA



Springer VS

Öffentlichkeitsarbeit in Kriegen

Magnus-Sebastian Kutz

Öffentlichkeitsarbeit in Kriegen

Legitimation von Kosovo-,
Afghanistan- und Irakkrieg
in Deutschland und den USA

Magnus-Sebastian Kutz
Hamburg, Deutschland

Dissertation Universität Hamburg, 2011

ISBN 978-3-658-04863-1

ISBN 978-3-658-04864-8 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-04864-8

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Danksagung

Das Thema Public Relations in Kriegen hat mich lange begleitet. Ausgangspunkt war eine im Jahr 2000 gemeinsam mit Sebastian Bronst geschriebene studentische Hausarbeit. Damals entstand die Idee, dass die Analyse von Öffentlichkeitsarbeit in Kriegen nicht nur die Kriegsbegründung betrachten sollte, sondern auch die spezifischen Organisationsstrukturen. Das während des Kosovo-Krieges ad hoc bei der NATO eingerichtete „Media Operation Center“ (MOC) und die Pressebericht-erstattung darüber gaben die Initialzündung für diese Überlegungen.

Jahre später mit den wesentlichen Akteuren in Deutschland und den USA sprechen zu können, hat der Untersuchung die nötige Tiefe gegeben. Deswegen gilt mein Dank den Interviewpartnern – für Ihre Zeit und insbesondere, weil ich tiefe wie offene Einblicke in Hintergründe, Ideen und Strategien bekommen habe.

Eine solche Arbeit fertigzustellen ist nur mit den entsprechenden Rahmenbedingungen möglich. Ganz wesentlich hat dazu die Friedrich-Ebert-Stiftung durch ein Promotionsstipendium, die großzügige Unterstützung meines Forschungsaufenthaltes in den USA sowie der Finanzierung meiner Teilnahme an verschiedenen internationalen Konferenzen beigetragen. Hier danke ich insbesondere Gerda Axer-Dämmer aus der Studienförderung für die gute Zusammenarbeit.

Gefördert wurde die Arbeit auch von der Graduate School Media and Communication. Hier gilt mein Dank den Mitgliedern des Direktoriums Irene Neverla, Uwe Hasebrink und Michel Clement sowie den Koordinatoren Anke Timman und Andreas Stuhlmann.

Die Arbeitsstelle Medien und Politik der Universität Hamburg bot ein großartiges Umfeld. Hier fand ich nicht nur Infrastruktur, sondern auch viele Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich immer wieder die Arbeit diskutieren konnte und Rat fand. Insbesondere danke ich Kathrin Voss, die mir immer wieder wichtige Hinweise zu PR-Theorien gegeben hat; Sara Nofri, die meine englischen Texte korrigierte und zu allen Fragen von Sprache half; Petra Ahrweiler, die mir einen Forschungsaufenthalt in Dublin ermöglicht hat und Sabine Nehls, mit der ich gerne Zeitungsartikel schreibe. Die Diskussionen mit Claudia K. Huber, Michael Brügge-mann, Christine Horz, Ole Keding, Mascha Peters, Arne Hinz und Anna Schwan während der Doktorandenkolloquien meines Doktorvaters Hans J. Kleinstüber haben die Arbeit ebenfalls vorangebracht.

Darüber hinaus gab es verschiedene Ratgeber, die in verschiedenen Phasen die Forschungsarbeit durch ihren Rat, gute Diskussionen und kritische Hinweise zu Publikationen unterstützt haben. Zu nennen sind hier Thymian Bussemmer, Henrike

Viehtrig, Jens Tenscher, Felix Gerdes sowie Simon Koschut. Ein besonderer Dank gilt Otfried Nassauer, der über viele Jahre hinweg meine Arbeit sehr unterstützt hat und meine Thesen mit kritisch-realistischem Blick sowie seinem einmaligem Hintergrundwissen begleitet hat.

Ebenso gilt mein Dank Michael Brzoska, der Gutachter dieser Dissertation war und mir die Möglichkeit gegeben hat, diese Dissertation im Forschungskolloquium des Instituts für Friedensforschung an der Universität Hamburg vorzustellen. Das IFSH hat mir die Transkripte aller Pressekonferenzen des Bundesministerium der Verteidigung während des Kosovo-Krieges zur Verfügung gestellt. All diese Dokumente hatte Jochen Rasch am Institut gescannt und elektronisch auswertbar gemacht – und mir den entscheidenden Hinweis gegeben.

Ein ganz besonderer Dank gilt meiner Familie. Zum einen meinen Eltern, Helga Kutz-Bauer und Martin Kutz, die als unermüdliche Ratgeber, Korrekturleser und Notfallfinanziers halfen, jede Krise im Entstehen dieser Arbeit zu überwinden. Zum anderen meiner Lebensgefährtin und großen Liebe Jana Wroszkowiak, die mich während der Zeit, in der es galt, diese Dissertation neben großen beruflichen Herausforderungen druckreif zu machen, unermüdlich unterstützt hat.

Eine Bedeutung, die sich – im positiven Sinne – kaum in Worte fassen lässt, hatte Hans J. Kleinsteuber. Er hat im Examen meine Leidenschaft für wissenschaftliche Arbeit wieder entfacht. Während der Promotion ließ er mir jede inhaltliche Freiheit, wusste aber gleichzeitig Forschergeist und Ehrgeiz mit seiner Kritik zu wecken und immer dann steuernd einzugreifen, wenn es nötig war. Er war im besten Sinne ein „Doktorvater“, der seine Doktoranden zu eigenständigen und selbstbewussten Wissenschaftlern machte. Hans Kleinsteuber ist nur wenige Wochen nach Abschluss meiner Promotion gestorben und hat eine riesige Lücke hinterlassen. Er fehlt als Hochschullehrer wie Wissenschaftler und für uns aktuelle und ehemalige Doktoranden als Ratgeber, Förderer, Mentor, Doppelkopfpartner und Freund.

Hamburg, im Oktober 2013

Magnus-Sebastian Kutz

Inhalt

I.	Einleitung: Kriegs-PR als Untersuchungsgegenstand	11
1.	Fragestellung und Schwerpunkt der Untersuchung.....	13
2.	Aufbau der Studie	15
3.	Aktueller Forschungsstand	17
II.	Kriegspropaganda und Normen politischer Kommunikation	23
1.	Kriegsbild, Gesellschaft und Kriegführung	24
1.1.	Der gerechte Krieg.....	26
1.2.	Das ius in bello als Widerspruch zur modernen Kriegsführung: Asymmetrische Kriege, Risk-Transfer Warfare und postheroische Gesellschaften.....	30
2.	Public Relations, Propaganda und politische Kommunikation: normative Grundlagen, begriffliche Konzepte und Definitionen	33
2.1.	Wahrheit, Lüge und Konstruktion: normative Aspekte politischer Kommunikation	33
2.2.	Begriffe, Konzepte und historische Entwicklung der Propaganda- und PR-Forschung: Kriegspropaganda als konstitutives Element....	37
2.2.1.	<i>Wurzeln und Entwicklung des Propaganda-Begriffs.....</i>	<i>39</i>
2.2.2.	<i>Public Relations und Öffentlichkeitsarbeit im Kontext der US-Tradition freier Presse</i>	<i>42</i>
2.3.	Definitionen.....	44
2.3.1.	<i>Propaganda: Definitionen und Konzepte.....</i>	<i>45</i>
2.3.2.	<i>Public Relations: allgemeine Theorieansätze und Definitionen.....</i>	<i>50</i>
2.3.3.	<i>Zwischenfazit: Gemeinsamkeiten und Differenzen der Konzepte Public Relations und Propaganda</i>	<i>54</i>
3.	Zum Verhältnis von politischer PR und Medienberichterstattung in Kriegen	61
3.1.	PR und Medienberichterstattung: zwischen Determination und Interdependenz.....	62
3.2.	Medien und Politik im Krieg	64
4.	Newsmanagement und Framing als Grundlagen von Regierungs-PR	67
4.1.	Agenda-Building und Newsmanagement als Adaptionen im Sinne des Intereffikationsmodells	68
4.2.	Kampagnen und Krisen-PR.....	70

4.3.	Inhaltliche Verfasstheit von Kriegs-PR: Framing und Feindbilder ...	74
5.	Ein Modell von Kriegs-PR: Strukturelle und situative Rahmenbedingungen	78
III.	Strukturelle Rahmenbedingungen staatlicher PR in Kriegen	85
1.	Mediensysteme und Medienentwicklung seit 1990	86
1.1.	Technische Entwicklungen	86
1.2.	Charakteristika der Mediensysteme im Vergleich	89
1.2.1.	<i>Das Mediensystem der USA.....</i>	<i>89</i>
1.2.2.	<i>Das Mediensystem Deutschlands.....</i>	<i>96</i>
1.3.	Internationale Nachrichtemärkte	99
2.	Politisches System und politische Kultur in Deutschland und den USA.....	103
2.1.	Kommunikationskultur und Regierungssystem	103
2.2.	Politische Kultur als Analysegrundlage und Bezugsgröße.....	106
2.3.	„American Creed“ und Zivilreligion – Selbstverständnis, Symbolik und Konstruktion nationaler Identität in den USA.	108
2.4.	Politische Kultur in Deutschland.....	114
3.	Sicherheitspolitische Konzeptionen nach Ende des Kalten Krieges	118
3.1.	Die „neuen Kriege“ im sicherheitspolitischen Diskurs	119
3.2.	U.S.-Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges: Zielsetzungen und Konzepte	122
3.2.1.	<i>Der strukturelle und technologische Wandel: „Revolution in Military Affairs“.....</i>	<i>122</i>
3.2.2.	<i>Militärkultur in den USA.....</i>	<i>125</i>
3.2.3.	<i>Die Außen- und Sicherheitspolitik der Clinton-Administration im transatlantischen Verbund.....</i>	<i>126</i>
3.2.4.	<i>„A distinctly American internationalism“: die Außenpolitik der Bush-Administration.....</i>	<i>131</i>
3.3.	Außen- und sicherheitspolitische Konzeptionen in Deutschland seit 1990.....	136
IV.	Methodik der Fallstudien.....	141
1.	Struktur der Organisationsanalyse.....	141
2.	Inhaltsanalyse	146
2.1.	Kategorien der Untersuchung	147
2.2.	Material, Materialzugang und Auswahl	149
V.	Öffentlichkeitsarbeit von Exekutive und Militär	153
1.	Organisationsstrukturen staatlicher und militärischer Öffentlichkeitsarbeit	154

1.1.	Staatliche Pressearbeit in Deutschland und den USA im Vergleich	155
1.1.1.	<i>Pressearbeit in Deutschland: Regierungssprecher und Bundespresseamt</i>	156
1.1.2.	<i>News-Management in den USA: Press Secretary und Office of Communication</i>	158
1.1.3.	<i>USA und Deutschland im Vergleich: Nähe und Distanz, Effizienz und Bürokratie</i>	163
1.2.	Militärische Public Affairs: Begriffe, Doktrinen, Organisationsstrukturen.....	164
1.2.1.	<i>Doktrinen und Entwicklungen in den USA:</i>	164
1.2.2.	<i>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr</i>	168
1.3.	Exkurs: Kooperation mit PR-Agenturen in Kriegen	171
2.	Der Kosovo-Konflikt	176
2.1.	Konfliktverlauf und situative Rahmenbedingungen	176
2.1.1.	<i>Vorgeschichte, Einsatzbeschluss und Verifikation</i>	176
2.1.2.	<i>Das „Massaker von Racak“ und die Friedensverhandlungen von Rambouillet</i>	179
2.1.3.	<i>Die innenpolitische Lage in Deutschland und den USA</i>	182
2.1.4.	<i>Kriegsbeginn und militärischer Ablauf</i>	186
2.1.5.	<i>Kontroversen in der Kriegsbegründung</i>	188
2.1.6.	<i>Die öffentliche Debatte über die Kriege auf dem Balkan</i>	190
2.2.	Regierungs-PR und das „Media Operation Center“	192
2.3.	Die öffentliche Legitimation des Kosovo-Krieges	203
2.3.1.	<i>Grundsätzliche Motive der Kriegsbegründung</i>	203
2.3.2.	<i>„A free and stable Europe“: die Begründung des Kosovo-Krieges in den USA</i>	208
2.3.3.	<i>Historische Analogien, Dramatisierungen und Multilateralismus: Spezifika der Begründung des Kosovo-Krieges in Deutschland</i>	211
2.3.4.	<i>Ein gerechter Krieg? Das ius ad bellum in Begründungsmotiven</i>	217
2.3.5.	<i>Kriegsverlauf in Pressekonferenzen: „ius in bello“, zivile Opfer, Flüchtlinge, „collateral damages“ und Wetterlage</i>	220
3.	Von 9/11 zum Afghanistankrieg	225
3.1.	Übersicht zum Konfliktverlauf	225
3.2.	Medienberichterstattung zum 11. September 2001	229
3.3.	News-Management im Afghanistankrieg: „Coalition Information Center“ und erstes Embedding	230
3.4.	Das Framing der Terroranschläge vom 11. September und die Begründung des Afghanistankrieges.....	235
3.5.	Die Interpretation der Terroranschläge in den USA und die Begründung des Krieges gegen Afghanistan in der Rhetorik des U.S.–Präsidenten	236

3.6.	„Solidarität“ als Leitmotiv – die Rechtfertigung des Afghanistaneinsatzes in Deutschland	239
3.7.	Gerechter Krieg als Selbstverständlichkeit: die Rolle des <i>ius ad bellum</i> in der Begründung des Afghanistankrieges	241
3.8.	Das <i>ius in bello</i> in der Kriegsführung	242
4.	Der Irakkrieg: „War on Terror“, Massenvernichtungswaffen und Embedding	245
4.1.	Übersicht zum Konfliktverlauf	245
4.2.	News-Management	249
4.3.	Die Legitimation des Irakkrieges durch die Bush-Administration... 255	
4.3.1.	<i>Inhaltliche Begründung</i>	256
4.3.2.	<i>Das Motiv des „gerechten“ Krieges in der Rechtfertigung des Irakkrieges</i>	260
4.3.3.	<i>Das ius in bello im Irakkrieg</i>	262
4.4.	Zentrale Kritikpunkte: Informationsbeschaffung, Belege und Geheimdienstarbeit	265
VI.	Fazit: Kriegs-PR und Propaganda	273
1.	Ein Modell moderner Kriegspropaganda als Analysegrundlage	273
2.	Strukturelle Rahmenbedingungen und Entwicklungslinien	275
3.	Ergebnisse der Fallstudien: Konstanten und Variablen staatlicher Kriegs-PR	277
3.1.	Organisation von Öffentlichkeitsarbeit	277
3.2.	Inhalte von Öffentlichkeitsarbeit	280
4.	Bewertung	282
5.	Forschungsdesiderat, Einschränkungen, politische Folgerungen .	284
VII.	Quellen und Literatur	287
1.	Literatur	287
2.	Zitierte Reden und Pressekonferenzen	322
3.	Doktrinen und Dokumente	324
4.	Interviews	326
VIII.	Anhang	329
1.	Tabellen	329
2.	Abbildungen	329
3.	Abkürzungen	330
4.	Codesystem der Inhaltsanalyse	332

I. Einleitung: Kriegs-PR als Untersuchungsgegenstand

„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit“. Hiram Johnson¹

Wenn, wie zumeist der Fall, Kriegsbegründungen umstritten sind, ist der Vorwurf schnell zur Hand, die Regierung betreibe „Propaganda“. Begründet wird er meist über ein wiederkehrendes Muster. Einschätzungen, die Kritiker des Krieges zur Ursache des Konflikts und den Zielen der Kriegsparteien abgeben, werden den Begründungen der Regierung gegenübergestellt. Eventuelle Diskrepanzen zwischen diesen beiden Aussagen lassen sich dann leicht auf vermeintliche „Lügen“ und „Manipulation“, also „Propaganda“ zurückführen. Wer sich bei seinen Forschungen von dieser Maxime leiten lässt, wird eventuell viele „Kriegslügen“ entlarven, möglicherweise dann aber eine ganze Reihe bedeutender Fragen weder stellen noch beantworten.

Ziel dieser Arbeit ist es daher nicht, „Propaganda“ zu entlarven. Vielmehr soll sie aufzeigen, welche normativen und kulturellen Muster Kriegsbegründungen zugrunde liegen, welche organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, um dem enormen Medieninteresse gerecht zu werden, und welche gesellschaftlichen, politischen, militärischen und medialen Rahmenbedingungen dieses Vorgehen beeinflussen. Dieser Komplex, der in politischen Diskussionen oft als „Kriegspropaganda“ bezeichnet wird, ist Thema dieser Arbeit: die Rechtfertigung von Kriegen durch Regierungen in Demokratien.

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat ein fundamentaler Wandel in zwei Bereichen stattgefunden, die wesentliche Rahmenbedingungen staatlicher Public Relations in Kriegen sind: Sowohl die Medienlandschaft als auch das sicherheitspolitische Umfeld haben sich grundlegend verändert. Der Zusammenbruch des Warschauer Paktes und das Ende des Kalten Krieges haben nicht nur die Blockkonfrontation beendet, sie haben auch eine grundlegende Veränderung sicherheitspolitischer Konzeptionen eingeleitet. Die NATO-Strategie wandelte sich vom Konzept der „flexiblen Reaktion“ auf einen sowjetischen Angriff hin zur „flexiblen Interven-

¹ Dieses Zitat wird meist Hiram Johnson zugeschrieben: „The first casualty when war comes is truth.“ (Classen 1999: 124–125) Es lässt sich aber auch auf Rudyard Kipling und Samuel Johnson („Among the calamities of war may be jointly numbered the diminution of the love of truth, by the falsehoods which interest dictates and credulity encourages.“) und weitere Autoren zurückführen (Guardian Unlimited 2004).

tion“, die sowohl Out-of-area-Einsätze als auch die erstmalige Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an militärischen Kampfhandlungen mit sich brachte. Die US-Streitkräfte werden im Zuge der „revolution in military affairs“ zu durch Kommunikation, Aufklärung und Präzisionswaffen vernetzten Einheiten; für die Bundeswehr begann ein Umbau von einer auf Landesverteidigung ausgerichteten Armee hin zu Streitkräften, die immer stärker auf Interventionen ausgerichtet sind. Diese Veränderungen gingen mit dem grundsätzlichen Wandel des Krieges und des Kriegesverständnisses einher: Die von Herfried Münkler postulierten „neuen Kriege“, die Asymmetrierung militärischer Konflikte und die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus wurden zur Herausforderung und zur Legitimation militärischen Eingreifens, während gleichzeitig eine Debatte über „humanitäre Interventionen“ entstand.

Die parallel stattfindenden Veränderungen der Medienlandschaft waren ähnlich fundamental. Spätestens mit dem Golfkrieg 1991 hatte auch der internationale Aufstieg von CNN begonnen, das sich schon vor dem Kosovokrieg gemeinsam mit der BBC World als entscheidender Player im Informationssektor etabliert hatte und im Afghanistankrieg durch Al Jazeera arabische Konkurrenz erhielt. Auch die technologische Entwicklung spielte eine große Rolle: Satellitengestützte Übertragungen aus den Krisengebieten beschleunigten die Verfügbarkeit von Bildern, Satellitenfernsehen machte ihre Verbreitung einfach und ermöglichte erst das Entstehen von neuen Sendern wie den arabischen Nachrichtenkanälen. Gleichzeitig begann auch das Internet seinen Siegeszug, der ab dem Jahr 2000 auch deutliche Auswirkungen auf die klassischen Medien, vor allem im Print-Bereich zeigte und einen strukturellen Wandel der Nachrichtenmärkte und dadurch einen großen Kostendruck auf Nachrichtenredaktionen mit sich brachte.

Diese medialen und sicherheitspolitischen Veränderungen fanden ihren Kulminationspunkt in drei Konflikten, die innerhalb von knapp vier Jahren begannen: dem Kosovokrieg, dem Afghanistankrieg und dem Irakkrieg. Und gerade die umstrittene völkerrechtliche Legalität des Eingreifens im Kosovo und im Irak erhöhte den Rechtfertigungsdruck auf die Beteiligten enorm. Angesichts des strukturellen Wandels des sicherheitspolitischen Umfeldes und der daraus abgeleiteten politischen Konzeptionen sowie der strukturellen Veränderungen der Medienlandschaft stellt sich die Frage, welche Auswirkungen dies auf die Rechtfertigung der Kriege durch Regierungen hatte und ob sich Prinzipien und Muster ableiten lassen, die zu einer generalisierten Beschreibung dieser Rechtfertigungsbemühungen genutzt werden können.

Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit ist also Public Relations, die von Regierungen genutzt wird, um Kriege zu rechtfertigen. Im Mittelpunkt der Analyse steht der Vergleich des Vorgehens der Regierungen in den USA und in Deutschland. Hinzu kommt eine zweite Vergleichsebene: Fallstudien zu den Konflikten im Kosovo, Afghanistan und Irak. Auf diese Weise ist nicht nur der Vergleich zwischen

den nationalen Spezifika gegeben, vielmehr können auch die Konflikte untereinander verglichen werden, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten:

„Dabei geht es dem Vergleichenden nicht nur darum – wie es das Wort nahe legen mag – Gleiches zu finden, vielmehr richtet sich der Blick auch auf Verschiedenes – und hier ist auch Trennendes (»Scheidendes«) angesprochen.“ (Thomaß 2007: 26)

1. Fragestellung und Schwerpunkt der Untersuchung

Die Aufgabe dieser Arbeit ist also, die Legitimation eines sicherheitspolitischen Paradigmenwechsels zu untersuchen und zu diesem Zweck zu erläutern, wie die Entscheidung Krieg zu führen in zwei Demokratien am Kulminationspunkt dieses Paradigmenwechsels begründet wurde und welche organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, um diese Entscheidung in Demokratien gegenüber der Öffentlichkeit im eigenen Land zu vermitteln.² Damit soll sie eine Lücke im Forschungsfeld „Medien und Krieg“ schließen, da der Themenbereich staatlicher PR in Kriegen noch nicht systematisch untersucht wurde. Diese Aufgabe wird über einen doppelten Vergleich angegangen: Zum einen werden die PR-Maßnahmen zur Rechtfertigung der Kriege im Kosovo, in Afghanistan und im Irak miteinander verglichen, zum anderen werden die Rechtfertigungsbemühungen in Deutschland und den USA gegenübergestellt. Gegenstand des Vergleiches sind zwei unterschiedliche Felder: die organisatorischen Maßnahmen, die getroffen werden, um PR effektiv zu vermitteln sowie die inhaltliche Begründung des Krieges. Im Mittelpunkt stehen dabei die initiale Entscheidung und erste Legitimation des Krieges. Die langfristige Begleitung – wie im Beispiel Afghanistan über 10 Jahre – würde die Kapazitäten für einen solchen Vergleich übersteigen.

Dabei orientiert sich das Vorgehen an der Logik der Sachverhalte, die sich aus der politischen Entwicklung und dem Versuch ergeben, eine kommunikative Entwicklung in einem bestimmten Zeitkorridor zu untersuchen. Dies führt dazu, dass die Analysestruktur wenn nötig die stringente Vergleichsebene verlässt und weitere Faktoren einbezieht oder Analyseebenen ausblendet, wenn die Struktur des Fallbeispiels dies notwendig macht. Beispielhaft zu nennen sind hier die Schlüsselrolle der NATO-PR im Kosovo-Krieg, die Nicht-Beteiligung Deutschlands am Irakkrieg und die besonderen Strukturen zur Informationsbeschaffung im Pentagon im Vorfeld des Feldzugs gegen den Irak.

Betrachtet man kursorisch die Presseberichte zu den drei Konflikten, fallen mehrere Aspekte auf: Zunächst finden sich Berichte über organisatorische Maßnahmen. Im Vorfeld des Irakkrieges löste US-Verteidigungsminister Rumsfeld

² Aus diesem Grund wird auch dezidiert der Forschungsbereich der Public Diplomacy ausgeklammert. Zu diesem Themenbereich vergleiche Leonard, Stead und Smewing (2002) Ostrowski (2010) und Schwan (2011; 2012), Höse (2008) zur Public Diplomacy der Bush-Administration, sowie zu Deutschland und den Aktivitäten des Auswärtigen Amtes Karten (2008).

große Proteste mit der Ankündigung aus, ein „Office of Strategic Influence“ einrichten zu wollen, später entstand ein „Office of Global Communication“ im Weißen Haus. Im Zuge des Afghanistankrieges wurde ein „Coalition Information Center“ aufgebaut und wenige Wochen nach Beginn des Kosovokrieges gab es erste Medienberichte über ein „Media Operation Center“, das bei der NATO eingerichtet wurde. Gleichzeitig veränderte sich auch die Zusammenarbeit von Militär und Medien. Fand der Kosovokrieg noch zu weiten Teilen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, wurden im Afghanistankrieg erste Journalisten zusammen mit militärischen Einheiten ins Land geschickt und im Irakkrieg entstand das viel beachtete Embedding-Konzept, das es Journalisten ermöglichte, Einheiten im Einsatz zu begleiten.

Diese Einrichtungen und Maßnahmen, die bislang fast ausschließlich im Rahmen investigativer journalistischer Arbeiten untersucht und in Erfahrungsberichten von Beteiligten (Jertz 2001; Shea 2000) beschrieben wurden, sollen im Rahmen dieser Studie erstmals systematisch aus politik- und kommunikationswissenschaftlicher Sicht analysiert und in ihrer Funktionsweise und Zielsetzung skizziert werden. Gerade das Wechselspiel zwischen nationaler und internationaler Medienlandschaft, der Entwicklung der Medientechnologie und die Veränderung der ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Nachrichtenmarktes können hier Strukturen beeinflussen.

Die zweite Analyseebene ist die inhaltliche Rechtfertigung der Kriege, die ebenfalls in der kursorischen Übersicht durch besondere Spezifika auffällt. Beim Kosovokrieg sticht der Begriff der „humanitären Katastrophe“ hervor und die Kontroverse über den „Hufeisenplan“ wird schnell augenfällig, ebenso wie die Beschreibung des Balkans als „Pulverfass im Herzen Europas“ durch Bill Clinton. Der Afghanistankrieg ist auf US-amerikanischer Seite durch den „War on Terror“ und Gut-böse-Dichotomien gekennzeichnet, in Deutschland prägt sich schnell die von Bundeskanzler Schröder geforderte „uneingeschränkte Solidarität“ ein. Zuletzt ist die Debatte um den Irakkrieg durch die vermeintliche Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und Terroristen gekennzeichnet.

Trotz dieser augenscheinlich unterschiedlichen Begründungen ergeben sich immer wieder Aspekte, die auf Argumentationsmuster hinweisen, die deckungsgleich scheinen. Seien es Personalisierungen, wenn im Kosovokrieg der serbische Machthaber Milosevic und im Irakkrieg Saddam Hussein in den Vordergrund gerückt werden, seien es Argumentationsmuster, die auf die Alternativlosigkeit, Dringlichkeit und Angemessenheit hinweisen. Einen ersten Hinweis liefert hier der ehemalige NATO-Sprecher Jamie Shea, der in einer Reflexion des Kosovokrieges den „gerechten Krieg“ anführt und zur Argumentationsgrundlage macht (Shea 2000).

Um beide Bereiche – die inhaltliche wie auch die organisatorische Verfasstheit von Kriegs-PR – zu untersuchen, müssen diese Alltagsbeobachtungen systematisiert werden. In dieser Arbeit wird also untersucht, wie staatliche PR zur Vermittlung

von Vorhaben, Absichten und Interessen demokratischer Regierungen aufgebaut ist und mit welchen organisatorischen und inhaltlichen Methoden diese durchgeführt wird. Ziel ist dabei nicht nur eine weitere Fallstudie. Das Desiderat ist vielmehr, Konstanten und Variablen, Strukturen, Verhaltensmuster sowie kulturelle Anbindungen von Regierungs-PR auf gesicherte, verallgemeinerungsfähige Aussagen hin zu erforschen. Es gilt also, das vorliegende reichhaltige empirische Material und die vorhandenen Studien auf solche Fakten und Faktoren zu untersuchen, die zumindest Bausteine für ein Modell von Regierungs-PR im Kriege liefern.

2. Aufbau der Studie

Ausgangspunkt (*Kapitel II – Kriegspropaganda und Normen politischer Kommunikation*) der Studie sind Normen: sowohl Normen politischer Kommunikation als auch normative Grundlagen von Kriegführung. Für Letztere nimmt das Konzept des gerechten Krieges eine Schlüsselrolle ein, da es die Frage beantwortet, unter welchen Bedingungen die Entscheidung Krieg zu führen in westlichen Gesellschaften als gerechtfertigt betrachtet wird („Recht zum Krieg“) aber auch die Kriterien enthält, aufgrund derer das Vorgehen im Krieg selber als gerecht angesehen wird („Recht im Krieg“). Gleichzeitig muss der gesellschaftliche Umgang mit eigenen Opfern geklärt werden.

Die Frage nach Normen politischer Kommunikation ist eng mit den Begriffen der Propaganda, der Lüge und der Public Relations verknüpft. Vor dem Hintergrund dieser Begriffsdiskussion werden das Verhältnis von Medien und Politik im Krieg und das Verhältnis von Medienberichterstattung und PR dargestellt, um eine Grundlage für den begrifflich-analytischen Rahmen zu schaffen. Dieser umfasst auf der organisatorischen Seite das staatliche News-Management, auf der inhaltlichen Ebene die Begriffe Framing und Feindbilder. Ziel ist der Entwurf eines Modells moderner Kriegspropaganda, das sowohl die inhaltlichen als auch die organisatorischen Aspekte des Themenfeldes umfasst und die relevanten situativen und strukturellen Rahmenbedingungen integriert. Dieses Analysemodell bildet dann die Grundlage für die weitere Untersuchung.

Der zweite Schritt (*Kapitel III – Strukturelle Rahmenbedingungen staatlicher PR in Kriegen*) besteht dann in der Darstellung der strukturellen Rahmenbedingungen. Dies sind die bereits weiter oben skizzierten Entwicklungen sicherheitspolitischer Konzeptionen seit Ende des Kalten Krieges sowie der ökonomische und technologische Wandel der Medienlandschaft, sowohl in den beiden nationalen Mediensystemen als auch auf den internationalen Nachrichtenmärkten. Dritter – und für die Inhaltsanalyse konstitutiver – Faktor ist der Einfluss von politischem System und politischer Kultur auf politische Kommunikation. Hier werden die Spezifika politischer Kultur dargestellt, die in Deutschland vor allem in der Abgrenzung zum Nationalsozialismus und der Ablehnung militärischer Mittel liegen, in den USA durch Grundwerte,

Verfassungspatriotismus und Zivilreligion geprägt werden. Diese Spezifika politischer Kultur – so die Hypothese – bilden später zentrale Anknüpfungspunkte für die Rechtfertigung der Kriege.

Daran anschließend (*Kapitel IV – Methodik der Fallstudien*) wird dann ein methodischer Zugang entwickelt, der auf das Problemfeld zugeschnitten sein muss. Auch hier bilden sich die beiden Säulen der Arbeit ab: Die Organisationsanalyse stützt sich auf verschiedenste Quellen, darunter wissenschaftliche Studien, investigativen Journalismus, freigegebene Dokumente und Interviews mit Entscheidungsträgern, um die organisatorischen Maßnahmen und deren Ziele rekonstruieren zu können. Die inhaltliche Begründung der Kriege wird im Rahmen einer computergestützten Inhaltsanalyse untersucht. Hier werden Transkripte von Pressekonferenzen und Reden auf Basis eines dreistufigen Verfahrens analysiert.

Im vierten und damit letzten und empirischen Teil der Arbeit (*Kapitel V – Öffentlichkeitsarbeit von Exekutive und Militär*) folgen dann die eigentlichen Fallstudien. Diesen ist ein Kapitel zu Organisationsstrukturen staatlicher und militärischer Öffentlichkeitsarbeit vorangestellt, in dem die Strukturen des White House Press Office und des Bundespresseamtes ebenso verglichen werden wie grundlegende Entwicklungen in der militärischen Öffentlichkeitsarbeit. Abgerundet wird dies mit einem Exkurs zum Einsatz von PR-Agenturen in Kriegen, der die wenigen verfügbaren Informationen dazu systematisiert.

An die Analyse des Handlungsrahmens in beiden Ländern schließen sich die drei Fallstudien zu Kosovokrieg, Afghanistankrieg und Irakkrieg an. Diese gliedern sich jeweils in drei Schritte: eine Darstellung der Konfliktsituation, die Erläuterung der organisatorischen Maßnahmen und die Inhaltsanalyse. Untersucht wird dabei jeweils der Zeitraum, in dem die Begründung des Militäreinsatzes stattfindet und diese grundsätzliche Entscheidung gegenüber der Öffentlichkeit legitimiert wird sowie der Kriegsverlauf, bis das gesetzte Kriegsziel (zumindest weitgehend) erreicht ist. Beim Kosovokrieg konzentriert sich dieser Zeitraum vor allem auf den eigentlichen Konflikt, da die Kriegsgründe erst kurz vor Beginn der Angriffe auch tatsächlich absehbar waren und daher auch die Begründung der Entscheidung während der Luftangriffe stattfand, ein Schwerpunkt liegt in der Anfangsphase des Krieges. Im Afghanistaneinsatz wird der Untersuchungszeitraum der Fallstudie auf die Zeit vom 11. September 2001 bis zu der Schlacht von Tora-Bora eingeschränkt, die zusammen mit dem Fall von Kabul und Kandahar den ersten wesentlichen Abschnitt des Afghanistankrieges bildet. Im Falle des Irakkrieges wird als Untersuchungszeitraum die Zeit von September 2002 – hier begann der wesentliche Teil der Rechtfertigungsbemühungen – und dem 1. Mai 2003 gewählt, dem Datum, an dem George W. Bush das Ende der Hauptkampfhandlungen erklärte. Die Fallstudie zum Irakkrieg wird zudem um ein Kapitel zur Geheimdienstarbeit und Informationsbeschaffung ergänzt.

Die drei Fallstudien unterscheiden sich dabei deutlich in Detailtiefe und Umfang, was auf zwei Ursachen zurückgeht. Zum einen ist jeweils eine unterschiedliche Einordnung über die Vorgeschichte notwendig, wobei beispielsweise die Fallstudie zum Afghanistaneinsatz auch relevante Vorgeschichte zum Irakkrieg ist, da dieser als Teil des „War on Terror“ dargestellt wurde. Beim Kosovokrieg ist eine differenzierte Darstellung und Wertung der Abläufe und Ereignisse im Vorfeld notwendig, um die Argumentation der Beteiligten verstehen und bewerten zu können. Zudem unterscheiden sich die Fallbeispiele deutlich in der Verfügbarkeit von Material und dessen Relevanz, durch die Akteure und die zugrunde liegenden Kontroversen. So waren im Kosovokrieg USA, Deutschland und die NATO für diese Fallstudie die entscheidenden Akteure. In Deutschland galt es insbesondere, die kontroversen Pressekonferenzen von Verteidigungsminister Scharping zu analysieren;³ im Irakkrieg war Deutschland nicht beteiligt, sodass sich hier der Umfang der Untersuchung reduzierte. Der Einsatz in Afghanistan war im Untersuchungszeitraum weniger umstritten als die anderen Kriege,⁴ sodass auch hier kaum Kontroversen aufgearbeitet werden müssen. Zudem ist – wohl auch vor diesem Hintergrund – in diesem Bereich das Material zu organisatorischen Maßnahmen ausgesprochen gering.

Abgerundet wird die Arbeit durch einen Vergleich dieser drei Fallstudien, der es ermöglichen soll, das Analysemodell auf seine Tauglichkeit zu prüfen, Entwicklungen darzustellen und wiederkehrende Grundmuster herauszuarbeiten.

3. Aktueller Forschungsstand

Wissenschaftlicher Fortschritt fußt auf den Arbeiten von Vorgängern. Sie im Zusammenhang eigener Forschung zu kritisieren, ist nicht der Versuch, sich positiv von ihnen abzugrenzen, sondern notwendig, um die Ausgangsbasis eigener Arbeit zu sichten und zu sichern. Wenn also im folgenden Grenzen und Defizite der für diese Arbeit relevanten Literatur aufgezeigt werden, wird es getan in Kenntnis der verdienstvollen Beiträge dieser Arbeiten, ohne die wir auf wichtige Ergebnisse und Einsichten hätten verzichten müssen. Ein Teil der Defizitanalyse ergibt sich automatisch aus dem eigenen Forschungskonzept, weil andere und neue Fragen gestellt werden. Manche Kritik geht aber auch tiefer, wenn systematische oder methodische Mängel aufgedeckt werden.

³ Im Rahmen des Kosovo-Krieges spielte die Öffentlichkeitsarbeit der NATO eine herausgehobene Rolle. Diese Doppelstruktur zwischen internationaler Organisation und nationaler Rechtfertigung ist in diesem Sinne nicht direkt vergleichbar mit den beiden anderen untersuchten Konflikten. Hinzu kommt, dass es im Falle des Irakkrieges und des Afghanistankrieges eine Phase im Vorfeld des Konfliktes gab, in der diese Konflikte systematisch kommunikativ vorbereitet wurden, die intensive Rechtfertigung des Kosovokrieges jedoch erst mit Kriegsbeginn startet.

⁴ Dies gilt vor allem für die breite öffentliche Wahrnehmung, nicht für die Rot-Grüne Koalition auf politischer Ebene.

Der Forschungsstand zum Thema Medien und Krieg folgt über weite Strecken einer medialen und politischen Forschungskonjunktur: Wichtige internationale Ereignisse ziehen die Aufmerksamkeit der Forschung auf sich und lösen Fallstudien aus, die oft eher am theoretischen Forschungsfeld als an der systematischen Analyse des Untersuchungsgegenstandes orientiert sind. Wesentliches Kennzeichen der wissenschaftlichen Diskussion ist ein Fokus auf die Bedeutung der Medien im gesellschaftlichen Diskurs – was sich auch in Struktur und Aufbau des größten Teils der Forschungsarbeiten zu den entsprechenden Konflikten widerspiegelt. Auf dieser Basis wird dann das Verhalten der Medien untersucht, d. h. oft inhaltsanalytisch die Übernahme von z. B. Frames, Feindbildern und Botschaften geprüft. Mit dieser Konzentration auf Medieninhalte wird jedoch zumeist die eigentliche Öffentlichkeitsarbeit der Regierung außer Acht gelassen.

So lassen sich wenige Autoren identifizieren, die kohärente Forschungen zu diesem Themenfeld entwickelt haben. Zu nennen ist hier die breit angelegte, aber begrifflich wenig präzise Propaganda-Forschung von Philip M. Taylor (1992; 1999), die vielfältigen Studien zu Medien und Journalisten im Krieg von Howard Tumber (Tumber/Palmer 2004; Tumber/Webster 2006; Morrison/Tumber 1988), Sammelbände zum Journalismus nach 9/11 von Stuart Allen und Barbie Zelizer (2002; 2004), die Untersuchungen zur Rolle von Medien im Nahostkonflikt von Gadi Wolfsfeld (1997; 2004), die Untersuchungen von Lance W. Bennett zum Verhältnis von Medien und Politik im Krieg (Bennett 1990; Bennett/Manheim 1993; Bennett/Lawrence/Livingston 2006), Pier Robinsons Untersuchungen zum CNN-Effekt (2000; 2001; 2002) und Robert M. Entmans Studien zum Framing-Prozess im außenpolitischen Diskurs (zusammenfassend: Entman 2004). Einflussreich für die deutschsprachige Debatte waren die Sammelbände zum „Krieg als Medienereignis“ von Martin Löffelholz (1993; 2004) sowie das von ihm mit herausgegebene Handbuch zur Kriegs- und Krisenberichterstattung (2007). Auch die Sonderausgabe von „Medien & Kommunikationswissenschaft“ mit der Systematisierung des Forschungsfeldes Kriegsberichterstattung durch Christiane Eilders und Lutz Hagen (2005) ist hier zu nennen.⁵

Jedoch bleibt vor allem eine Anzahl an Studien, die zwar teilweise großes Gewicht im akademischen Diskurs haben – so zum Beispiel Daniel C. Hallins „Uncensored War“ (1986) – aber noch nicht wirklich zu einer Systematisierung des Forschungsfeldes beigetragen haben. Ein erster, wertvoller Ansatz findet sich dagegen bei Michael Brüggemann und Hartmut Weßler (2009), die die verschiedenen Denkschulen und Forschungsansätze im Themenfeld „Medien im Krieg“ differenziert analysieren und systematisieren.

⁵ Zum Kosovo-Krieg finden sich zwei relevante Studien. Gritsch (2010) arbeitet die Debatte zum Kosovo-Krieg insbesondere in den deutschen Feuilletons auf. Eine Mischform bildet dagegen die Arbeit von Hils (2004), der intensiv das Wechselspiel von Medien und Politik im Vorfeld und Verlauf des Kosovo-Krieges in den USA untersucht, sich aber nicht auf Öffentlichkeitsarbeit konzentriert.

Während beispielsweise im Bereich Umweltpolitik die Wirkung von PR-Kampagnen ausführlich untersucht wurde,⁶ ist die Zahl der Studien, die sich konkret mit der Medienarbeit von Regierungen im Krieg auseinandersetzen überschaubar. Regierungsseitige PR und Rhetorik zur Legitimation von Kriegen sind kein originäres oder konsistentes Forschungsfeld. Dieser Bereich weist noch große Lücken auf und besteht meist aus Untersuchungen, die durch aktuelle Ereignisse ausgelöst wurden. Sie können selten einem konsistenten Forschungsprogramm zugeordnet werden. Diese Arbeiten zeichnen sich vorrangig durch einen anderen Aspekt aus: Viele dieser Arbeiten sind aus einer kritischen Perspektive heraus motiviert und knüpfen oft an eingangs genannte öffentliche und politische Diskurse über „Kriegslügen“ an. Dieses Problem zeigt sich gerade in Studien zur Rechtfertigung des Kosovokrieges und zu den Bürgerkriegen auf dem Balkan, die Eingang in die deutsche Debatte gefunden haben sowie in der US-amerikanischen Debatte zur Rechtfertigung des Irakkrieges.

Beispielhaft für den deutschen Diskurs über die Konflikte auf dem Balkan zu nennen sind hier die Studien von Richter (1999), Beham (1996; 2000), Beham und Becker (2006), Claßen (1999) und teilweise auch der Sammelband „Medien zwischen Krieg und Frieden“ von Albrecht und Becker (2002). Hinzu kommen verschiedene Publikationen teils eher journalistischen Charakters von Elsässer (2000; 2004) und Künzel (2000) oder – im weiteren Sinne – Cremer (2009), die versuchen entweder direkte „Lügen“ nachzuweisen, bzw. spezifische Motive abseits der offiziellen Begründung in den Vordergrund zu stellen. Die Intervention im Irak hat eine kritische Debatte auch insbesondere in den USA ausgelöst. Diese fand ihren Nachhall vor allem in verschiedenen Sammelbänden, die sich mit dem Verhältnis von Medien, Krieg, Propaganda und Public Diplomacy befassen (z. B. Thusu/Freedmann 2003; Miller 2004; Artz 2004; Kamalipour/Snow 2004). Teilweise formulieren sie harsche Kritik, wenn beispielsweise Schechter (2004:29) die Information Operations als „the Pentagon’s Ministry of Truth in the best 1984 sense of the term“ bezeichnet oder die Kontroverse zum Irakkrieg mit einer breiten Kritik an der Bush-Administration vermischt wird (Nichols/McChesney 2005). Dieser angesichts der politischen Situation in den USA in den Jahren zwischen 2001 und 2004 sicher wichtige Debattenstrang bietet jedoch vor allem eine normative Bewertung des politisch-kommunikativen Vorgehens der Bush-Administration sowie Einschätzungen zur Lage der US-Medien in dieser Zeit, liefert jedoch zumeist nur geringen systematischen Erkenntnisgewinn im Sinne der Fragestellung dieser Arbeit.

Die Untersuchungen zum Verhältnis von Militär und Medien werden in Deutschland weitgehend – eine Ausnahme ist hier bei Jäger und Viehrig (2009) zu finden – von der Bundeswehr und der Akademie für Information und Kommunika-

⁶ So zum Beispiel im Sammelband von Röttger (2006).

tion der Bundeswehr durchgeführt, wie der ertragreiche Band von Ose (2008) zeigt. Bockstette, Jertz und Quandt (2006) sammeln viele wichtige Einsichten von Kommunikationspraktikern der Bundeswehr, während Jertz (2000) vor allem die Rechtfertigung des Kosovokrieges in den Mittelpunkt rückt und im Gegensatz zu Shea (2000) wenig systematische Einordnung liefert.

Untersuchungen zum „War against Terrorism“ und dem Irakkrieg finden sich – wenn man die vielfältigen aber im Sinne der Zielsetzung dieser Arbeit leer laufenden Analysen von Medienberichterstattung ausklammert – weniger als erwartet. Dies kann mit der ebenso intensiven journalistisch-investigativen (beispielhaft Hersh 2003a; Hersh 2003b; Woodward 2002; Woodward 2004) wie detaillierten parlamentarischen Aufarbeitung (SSCI 2006a; SSCI 2006b) und kritischen Insiderberichten (McClellan 2008; Clarke 2004) zusammenhängen. Neben Untersuchungen zur Rhetorik George W. Bushs (Dietzsch/Kocher 2003) sticht insbesondere die von Simons editierte Sonderausgabe von *Rhetoric & Public Affairs*⁷ hervor. Dort werden aus verschiedenen Perspektiven die Übertragung der Interpretation von 9/11 auf den Irak-Krieg (John et al 2007) und der Zusammenhang von Gut-böse-Dichotomien und Gefährdungsrhetorik (Ivic 2007) analysiert sowie Belege der Administration (Jamieson 2007) oder auch die Rede von Colin Powell (Zarefsky 2007) untersucht. Weiterhin gibt es einige kritische Einzelanalysen wie die von Hiebert (2003), Lang (2004) oder Kaufmann (2004).

Theoretisch fundierte Analysen finden sich jedoch nur wenige. Zum einen ist der Sammelband von Viehrig und Jäger (2008) zu dem Themenkomplex zu erwähnen und darin insbesondere die detaillierte und differenzierte Analyse der Public Diplomacy der USA von Höse (2008). Hervorzuhebende Monografien sind neben der Analyse der Öffentlichkeitsarbeit der US-Administration durch den Autor (Kutz 2006b) vor allem die historische Längsschnittstudie von Elter (2005), die zwar einen guten Überblick gibt, jedoch dem Narrativen verhaftet bleibt und – neben einigen Ungenauigkeiten – vor allem einen analytischen Rahmen vermissen lässt. Zu erwähnen ist noch die Studie von Rid (2007), in der er aus der Perspektive der Theorie lernender Organisationen die Entwicklung der Zusammenarbeit von Militär und Medien in den USA zwischen dem Vietnam- und dem Irakkrieg untersucht und den Themenkomplex erstmalig systematisch – wenngleich aus medienwissenschaftlicher Perspektive unkritisch⁸ – erschließt. Neben diesen spezialisierten Studien sind noch weitere Arbeiten zur Regierungskommunikation besonders hervorzuheben, so zum einen das Handbuch *Regierungs-PR* (Köhler/Schuster 2006), das eine der wenigen Überblicksarbeiten zu diesem Themenfeld in Deutschland darstellt, die Arbeiten von Kumar (2001a; 2001b; 2003; 2007; 2008), die einen äußerst präzisen und gut

⁷ Vol. 10, Nr. 2, Summer 2007.

⁸ Dies ist jedoch der prinzipiellen Perspektive der Arbeit geschuldet, da die Fragestellung hier eine sicherheitspolitische ist.

informierten Einblick in die Pressearbeit des Weißen Hauses geben, sowie die Vergleiche zwischen den USA und Deutschland von Pfetsch (1999; 2003) die unerlässlich für eine Systematisierung des Themas sind.

Was in dem Themenfeld jedoch fehlt, sind nicht nur über einzelne Fallstudien herausgehende Vergleiche und Verallgemeinerungsversuche, sondern vor allem auch eine systematisch-theoretische Fassung, denn es wurden die normativen Fragen von Kriegsführung auf Basis der Theorie des gerechten Krieges (beispielhaft: Walzer 2006; Walzer 2002), postheroischer Gesellschaften (Knöbl 2008) oder des Risikotransfers (Shaw 2002) nicht mit der Rechtfertigung von Kriegen verknüpft, sondern nur teilweise zur Prüfung genutzt, ob Kriege „gerecht“ geführt wurden (Gruber 2008).

Noch größer ist jedoch das grundlegende Manko der kommunikationswissenschaftlichen Literatur, da hier sowohl das begriffliche als auch theoretische Instrumentarium fehlt, um diesen Themenkomplex wissenschaftlich angemessen zu erschließen. Gerade in Deutschland hat sich die PR-Forschung über Jahrzehnte hinweg von ihren wissenschaftsgeschichtlichen Ursprüngen in der Propaganda-Forschung – die Bussemer (2005) in seiner wichtigen Studie wieder erschließt – distanziert und mit ihrer ursprünglichen Anknüpfung an Praktikerliteratur und normativen Selbstdarstellungen von Berufsverbänden den Propaganda-Begriff bis auf wenige Ausnahmen (Kunczik 2002; Merten 2000) aus ihrem Kanon verbannt.⁹ Diese Abgrenzungsversuche von der NS-Propaganda, die möglicherweise sowohl in berufsständischen Interessen als auch in der Rolle einiger Gründungsväter der deutschen PR-Forschung in der NS-Zeit (Heinelt 2003) begründet sein können, führen dazu, dass der historische und umgangssprachliche Begriff nicht systematisch für wissenschaftliche Zwecke erschlossen wurde.

Es gibt also bisher kein theoretisches Konzept, das in der Lage wäre, diese Prozesse abzubilden. Lediglich der Ansatz, Teilprozesse wie Feinbildkonstruktionen, Framing (Entman 2004), News-Management (Pfetsch 1999), Krisen-PR (Köhler 2006) und den Kampagnen-Begriff (Röttger 2006) zu kombinieren, bietet das Potenzial, eine neue verallgemeinernde theoriegeleitete Systematik zu schaffen.

⁹ Eine Ausnahme bildet der bei Kritikern einflussreiche, wegen seiner Totalisierung zur differenzierten Analyse aber unbrauchbare Ansatz von Herman und Chomsky (1988).

II. Kriegspropaganda und Normen politischer Kommunikation

“When our own nation is at war with any other, we detest them under the character of cruel, perfidious, unjust and violent: But always esteem ourselves and allies equitable, moderate, and merciful.” David Hume, *A Treatise of Human Nature*¹⁰

Politische Kommunikation wird als „das zentrale Strukturelement demokratischer Systeme“ (Rhombert 2009: 13) betrachtet, da „demokratische Politik [...] zustimmungsabhängig und deshalb auch begründungspflichtig“ ist (Sarcinelli 1998: 148). Legitimität politischer Entscheidungen entsteht also in der öffentlichen Debatte, durch die öffentliche Begründung politischer Entscheidungen im Diskurs zwischen Politik, Medien und Bürgern (Rhombert 2009: 229f.).¹¹

Eine wesentliche Grundlage dieser öffentlichen Legitimierung politischer Entscheidungen sind gesellschaftliche und politische Normen, die hier nicht im kodifizierten, d. h. juristischen Sinne verstanden werden, sondern als Werte und normative Orientierungen. Gerade in der öffentlichen Legitimation von Kriegen treffen verschiedene Wertvorstellungen aufeinander. Dabei sind zwei Ebenen relevant: grundlegende Werte und Normen, die die Entscheidung beeinflussen, ob ein Krieg als legitim angesehen wird und kommunikative Normen, mittels derer die Legitimationsbemühungen bewertet werden. Gerade die Entscheidung, ob Krieg geführt wird und die Bewertung der Kriegführung werden in der Öffentlichkeit oft ebenso kontrovers diskutiert wie die Frage, ob die Rechtfertigungsbemühungen von Militär und Regierung gegenüber der Öffentlichkeit kommunikativen Normen genügt haben.

Politische Kommunikation enthält neben der informierenden auch immer eine persuasive Komponente: Kommunikatoren wollen überzeugen. Sei es zur Artikulation von Partikularinteressen, sei es aufgrund einer spezifischen Sichtweise auf Probleme oder einer aktuellen Konfliktlage. Politische Akteure versuchen, Zustimmung zu ihren Entscheidungen zu erhalten und Akzeptanz für spezifische Lösun-

¹⁰ Hume (Book II, Part II, Sect. III)

¹¹ Idealtypisch findet nicht nur eine Begründung politischer Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit statt, steht nicht nur die Information von Bürgern im Mittelpunkt. Der normative Anspruch an moderne Demokratien ist, dass sie in der Lage sind responsiv zu handeln und eine wechselseitige Kommunikationsbeziehung mit Bürgern herzustellen. Hierher gehört das von Grunig und Hunt (1984: 21-27) postulierte Idealbild symmetrischer Kommunikation.

gen zu finden. Politische Kommunikation ist also zielgerichtet und es stellt sich die Frage, welche Mittel und Techniken eingesetzt werden, um diese Ziele zu erreichen und welche Rahmenbedingungen diese beeinflussen. Die öffentliche Legitimation von Kriegen soll daher im Folgenden in drei Schritten diskutiert werden, um diese Überlegungen anschließend zu einem Analysemodell zu verdichten.

Im ersten Schritt (Kapitel 1) werden die normativen Grundlagen von Kriegführung in westlichen Gesellschaften herausgearbeitet. Wesentliche Grundlage ist dabei die klassische „Theorie des gerechten Krieges“, die im Anschluss an den Vietnamkrieg vor allem in den USA – aber auch in Deutschland – wieder an Bedeutung gewonnen hat. Auf Basis dieser Ideen soll hier zunächst geklärt werden, unter welchen Bedingungen die Entscheidung, Krieg zu führen als gerecht betrachtet wird und welche Prinzipien eingehalten werden müssen, damit die Kriegführung selbst als gerecht angesehen wird. Ergänzt wird dies durch Überlegungen zum Umgang westlicher Gesellschaften mit eigenen Kriegsopfern auf Basis der Konzepte der postheroischen Gesellschaften und des „risk-transfer militarism“, die möglicherweise im Widerspruch zu den Normen des „gerechten Krieges“ stehen.

Darauf folgen Untersuchungen (Kapitel 2) zu normativen Aspekten politischer Kommunikation. Dazu werden zunächst grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von normativen Idealen und empirischer Realität politischer Kommunikation (Habermas 2006) angestellt, die durch eine Diskussion der Begriffe Public Relations und Propaganda präzisiert werden. Es wird versucht, den Begriff der Propaganda zu rekonzeptionalisieren und auf seine sozialwissenschaftliche Nutzbarkeit hin zu prüfen. Dabei soll er vom polemischen Verständnis im öffentlichen Diskurs abgegrenzt und die Abgrenzung zu seiner „jüngeren Schwester“ (Bussemer 2005: 17) Public Relations geklärt werden.

Im dritten Schritt (Kapitel 3) wird eine Einordnung persuasiver Kommunikation in den Prozess politischer Kommunikation vorgenommen. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, welches Verhältnis Medien, Politik und PR speziell in der Kriegs- und Krisenkommunikation haben. In diesem Kontext wird anschließend (Kapitel 4) die Ausgestaltung persuasiver Kommunikation untersucht. Ausgehend vom Begriff des News-Managements und von Konzepten der Krisenkommunikation werden theoretische Grundlagen des Framing-Konzeptes und der Feindbildforschung genutzt, um ein Modell zu entwickeln, das ausgehend von verschiedenen Rahmenbedingungen die Analyse staatlicher Legitimationsbemühungen in Kriegen sowohl auf der organisatorischen wie auf der inhaltlichen Ebene vor dem Hintergrund normativer Anforderungen ermöglicht.

1. Kriegsbild, Gesellschaft und Kriegführung

Das Verständnis von Krieg in westlichen Gesellschaften hat weit zurückliegende Wurzeln: Auf den 30-jährigen Krieg folgte in Europa die Einhegung von Gewalt im

Rahmen der „militärischen Revolution“ und der Westfälische Frieden bildete zudem die Grundlage des modernen Völkerrechts. Dies war eine Voraussetzung für das Entstehen souveräner Staaten, die stehende, kontrollierbare Heere aufbauten. Mit der Französischen Revolution setzte dann die erneute Entgrenzung militärischer Gewalt ein. Diese und die industrialisierte Kriegführung des Ersten und Zweiten Weltkriegs prägten das bis zum Ende des 20. Jahrhunderts dominierende Bild des Krieges. Daher bestimmten noch in den 1980er Jahren konventionelle Streitkräfte, die mit schwerem Gerät und Massenvernichtungswaffen das Territorium von Ländern verteidigen, die Vorstellung von der Kriegführung. Mit den Weltkriegen ging auch eine Delegitimierung des Krieges einher, die durch das „sinnlose Schlachten“ (Shaw 2002:343, eigene Übersetzung) in den Schützengräben von Flandern begann.¹²

Auch für die USA waren diese Konflikte bestimmend. Zwar erreichten die Kriege des 20ten Jahrhunderts nie das amerikanische Festland und damit die Zivilbevölkerung der USA, doch verlor auch eine halbe Million US-amerikanischer Soldaten ihr Leben in den beiden Weltkriegen. Hinzu kamen ca. 36.000 Tote im Koreakrieg und die 58.000 Toten des Vietnamkrieges. In den USA hat sich an den Vietnamkrieg eine Debatte um die Legitimität von Kampfeinsätzen angeschlossen. Nicht nur die großen eigenen Verluste, sondern auch die Berichte über Massaker, der massive Einsatz von Napalm, dessen Auswirkungen auf die Bevölkerung bis heute die Ikonografie des Vietnamkrieges prägen, und der Einsatz des dioxinhaltigen Entlaubungsmittels „Agent Orange“ führten zu einer intensiven Diskussion über die Legitimität dieses Krieges. Dieser große Einfluss auf den Kriegsdiskurs in den USA entstand,

„by showing how even the limited kind of war, that could be fought despite nuclear weapons, would also involve senseless slaughter. The importance of this experience was that it affected the most powerful Western state, the only one (apart perhaps from Britain) in which the use of war was not already delegitimised by the horrors of 1939–45“ (Shaw 2002: 344).

Solche Kriegserfahrungen haben auch den gesellschaftlichen Umgang mit Krieg verändert und geprägt. Neben grundsätzlich kriegskritischen Einstellungen, die gerade in Deutschland eine hohe Bedeutung erlangt haben, haben sich in westlich geprägten Demokratien vor allem drei Fragen herauskristallisiert:

1. *Ist die Entscheidung Krieg zu führen legitim?* Hier steht die eigentliche Entscheidung, militärische Mittel einzusetzen im Vordergrund und wird an moralischen Maßstäben geprüft.

¹² Zu historischen und kulturgeschichtlichen Aspekten von Militärentwicklung in Deutschland vergleiche auch Martin Kutz (2006).

2. *Ist die Kriegsführung gerecht?* Welche Mittel werden im Krieg wie eingesetzt und sind diese im Verhältnis zu den Zielen angemessen?
3. *In welchem Ausmaß werden eigene Tote in Kriegen gesellschaftlich akzeptiert?* Hier steht die Frage im Vordergrund, inwieweit für ein politisches Ziel der Tod von Soldaten akzeptiert wird und in welchem Maße eine Gesellschaft bereit ist, für diesen Zweck Menschen zu opfern.

Zwei Theorieansätze sind geeignet, die unter 3. aufgeworfenen Fragen zu klären: der von Robert Luttwack (1995) geprägte Begriff der „postheroischen Gesellschaften“ und Martin Shaws Idee der „risc-transfer-warfare“. Die Fragestellungen unter 1. und 2. sollen im folgenden Kapitel im Rahmen der Theorie des gerechten Krieges behandelt werden.

1.1. *Der gerechte Krieg*

“And over time, as codes of law sought to control violence within groups, so did philosophers and clerics and statesmen seek to regulate the destructive power of war. The concept of a ‘just war’ emerged, suggesting that war is justified only when certain conditions were met: if it is waged as a last resort or in self-defense; if the force used is proportional; and if, whenever possible, civilians are spared from violence.” (Barack Obama, Oslo, 10.12.2009)

Die Frage nach der Legitimität der Entscheidung Krieg zu führen und nach der Angemessenheit der Kriegführung selber hat ihre Grundlagen in der Theorie des gerechten Krieges. Diese gründen auf der Unterscheidung des Rechtes zum Krieg (*ius ad bellum*), das die Kriterien zur Bewertung der Kriegsgründe bereitstellt, und des Rechtes im Krieg (*ius in bello*), das die Austragung des Krieges selbst regelt (Krause 2008: 144). Bei Ersterem steht also die Frage im Vordergrund, unter welchen Umständen die Entscheidung Krieg zu führen gerecht ist, während bei Letzterem die Frage nach der Gerechtigkeit und Angemessenheit der Kriegführung selber im Fokus steht.

Die Idee des gerechten Krieges hat eine lange Tradition.¹³ Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach dem gerechten Grund, der sowohl darin bestehen kann, den Bruch der Friedensordnung zu bestrafen, als auch in der Bestrafung für eine Verletzung der göttlichen Ordnung (Bellamy 2006: 25-29; Krause 2008: 117-119). Thomas von Aquin entwickelte die Ideen Augustinus‘ weiter und befand, der Krieg müsse in rechter Absicht (*intentio recta*) geführt werden und von einer höchsten politischen Autorität (*auctoritas principis*) beschlossen werden (Krause 2008: 115-120). Damit lässt sich gerade in der von Augustinus geprägten christlichen Lehre vom gerechten Krieg der Versuch einer Einhegung des Krieges erkennen, die auch darin zu erkennen ist, dass er davon ausging, dass ein Monarch – der Einzige der

¹³ Ein kurzer Überblick findet sich bei Gruber (2008: 29-37), ein ausführlicher bei Krause (2008: 116-135).

den gerechten Krieg erklären durfte – im Gegensatz zu seinen Soldaten göttliche Vergeltung fürchten müsste, falls er einen nicht gerechten Krieg führte (Bellamy 2006: 28).^{14 15}

Hatte die Lehre vom gerechten Krieg im Mittelalter noch Eingang in das kanonische Recht gefunden und war zur Rechtfertigung päpstlicher Kriegsentscheidungen zur Sicherung des christlichen Glaubens genutzt worden, verlor sie in der Folge in Europa an Bedeutung. Statt auf die Verteidigung des Christentums konzentrierten sich die Autoren – vorrangig zu nennen sind Francisco de Vitoria und Franzisco Suarez – auf die Legitimation der Kriege und Eroberungen in der „neuen Welt“ in Übersee. Während diese Autoren erste naturrechtliche Ansätze im Völkerrecht entwickeln, verliert gleichzeitig das Gebot der Vermeidung von Kriegen an Bedeutung. Das Recht von Staaten Krieg zu führen wird immer weiter anerkannt, moralische Gründe treten immer weiter in den Hintergrund und die Wahl der Mittel tritt in den Vordergrund. Diese Ansätze finden dann Eingang in die Arbeiten Hugo Grotius' und das Völkerrecht: Das Souveränitätsprinzip führt dazu, dass das Recht zum Krieg uneingeschränkt gilt; lediglich das Kriegegesetz – genauer das Kriegführungsrecht – legt hier Beschränkungen auf, die sich an den Regeln des klassischen *ius in bello* orientieren. Nur das Recht zum bewaffneten Aufstand gegen einen Tyrannen und zur Intervention in einem solchen Fall bildet eine Ausnahme vom Souveränitätsprinzip (Krause 2008: 120-126).

Die Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert schreibt zunächst diese Ansätze fort. Im Mittelpunkt der völkerrechtlichen Debatte steht auf der einen Seite das Souveränitätsprinzip, das lediglich durch einige militärische Interventionen durchbrochen wird, die dem Schutz von Christen im Osmanischen Reich dienen und mit dem Begriff der „Humanitären Intervention“ begründet werden. Während das *ius in bello* in den Genfer Abkommen in mehr als hundert Jahren zwischen 1864 und 1977 immer weiter kodifiziert wird, beginnt infolge des Ersten Weltkriegs eine Abkehr von der Idee eines uneingeschränkten Rechtes zum Krieg, die in der Satzung des Völkerbundes, dem Briand-Kellogg-Pakt und im allgemeinen Gewaltverbot der UN-Charta ihren Ausdruck findet.¹⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich wieder eine dezidierte Diskussion über die Theorie des gerechten Krieges. Zunächst noch im kleinen Rahmen, ausgelöst durch die britische Auseinandersetzung über die Bombenangriffe auf

¹⁴ Eine ausführliche Darstellung von Augustinus Lehre findet sich bei Mattox (2006).

¹⁵ Hier lässt sich auch eine Parallele zu Ansätzen der spanischen Spätscholastiker erkennen: „die bevorzugte Anwendung der Lehre vom gerechten Krieg auf räumlich peripher gelegene und zudem als moralisch minderwertig vorgestellte Gemeinschaften“ (Krause 2008: 121).

¹⁶ Den „gerechten Krieg“ in der vorreformatorischen Tradition untersucht Engelhardt (1980), ebenso die Rezeption in der katholischen Tradition bis ins 20. Jahrhundert und in der Nachkriegszeit. Die Debatte im deutschen Protestantismus nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre zeichnet Lienemann (1980) nach. Eine treffende Abgrenzung von gerechtem Krieg und Völkerrecht findet sich bei Kimminich (1980) im selben Band (Steinweg 1980).

deutsche Städte, begann die Theorie wieder an Bedeutung zu gewinnen (Rengger 2002, 355). Jedoch erst die Debatte über den Vietnamkrieg in den USA führte zum „Triumph of Just War Theory“ (Walzer 2002).

Im Mittelpunkt dieser Überlegungen standen nicht nur die finanziellen Kosten des Krieges und die gefallenen US-Soldaten, sondern auch die Art und Weise, in der das US-Militär den Krieg geführt hatte, und die mangelnde Rücksichtnahme auf das Leiden vietnamesischer Zivilisten. Die Diskussion über den Einsatz von Napalm und die Aufdeckung des Massakers von My Lai löste besonders innerhalb der politischen Linken eine Debatte über moralische Fragen der Kriegführung aus. Auch im US-Militär stellte man sich daraufhin die Frage, inwieweit die Art und Weise der Kriegführung und das damit verbundene moralische Versagen zur Niederlage in Vietnam beigetragen hatten. Diese Auseinandersetzungen induzierten einerseits einen akademischen Diskurs über die Theorie des gerechten Krieges, zum anderen veränderten sie auch die Art und Weise, in der Kriege geführt werden: Militärische Akteure versuchen Rücksicht auf Zivilisten zu nehmen, auch weil neue Waffentechnologien wie zum Beispiel lasergesteuerte Präzisionsbomben dies möglich machen. Sie werden genutzt um dies auch öffentlich zu demonstrieren und die verschiedenen Aspekte der Theorie des gerechten Krieges dienen immer öfter zu seiner Rechtfertigung (Walzer 2002).¹⁷

Die Theorie des Gerechten Krieges stützt sich auf eine Reihe von Kriterien. Über diese gibt es zwar in der Literatur weitgehende Einigkeit, jedoch unterscheidet sich die Zusammenfassung der Einzelkriterien. Hier sollen die zentralen, von Gruber (2008: 41) in der Forschungsliteratur identifizierten Kriterien genutzt werden: In ihnen kumulieren die historische Theorieentwicklung und die auf die Gegenwart bezogene aktuelle Interpretation der Theorie.

Recht zum Krieg (<i>ius ad bellum</i>):	Recht im Krieg (<i>ius in bello</i>):
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gerechter Grund ▪ Richtige Absicht ▪ Legitime Autorität ▪ Krieg als letztes Mittel ▪ Vernünftige Aussicht auf Erfolg ▪ Verhältnismäßigkeit der Entscheidung, Krieg zu führen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Immunität von Nicht-Kombattanten ▪ Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel

Tabelle 1: Kriterien des gerechten Krieges (in Anlehnung an Gruber 2008).

Die Kriterien des *ius ad bellum* richten sich primär an Staatsoberhäupter, da diese die Entscheidung über Krieg und Frieden treffen und im Zweifel für diese Entscheidung zur Verantwortung gezogen werden – wie beispielsweise die Anklage wegen

¹⁷ Gerade letzteres wurde auch durch Barack Obamas Rede vor dem Nobelkreiskomitee am 10. Dezember 2010 demonstriert.

„Verbrechen gegen den Frieden“ in den Nürnberger Prozessen zeigte (Orend 2008). Die wesentlichen Aspekte der Kriterien des *ius ad bellum* sind folgende:

1. Der gerechte Grund (*causa iusta*). Hierbei handelt es sich um den meistdiskutierten Aspekt des *ius ad bellum* – die Frage, aus welchem Anlass ein Staat Krieg führen sollte. Typische Argumente sind hier die Selbstverteidigung gegen einen Angriff von außen, aber auch der Schutz anderer vor solchen Angriffen bzw. der Schutz einer Bevölkerung im Rahmen „humanitärer Interventionen“ (Orend 2008). Zentral für das heutige Verständnis sind dabei die Vorschriften der UN-Charta (Gruber 2008: 63), die über die Artikel 1, 33, 39 und 51 Verbrechen gegen den Frieden definiert. Darüber hinaus werden Interventionen als legitim angesehen, wenn Bürgerkriege die Bevölkerung bedrohen (Graham 1997: 109) oder Sezessionen und Massaker eine Intervention nötig machen (Walzer 2006: 91-108).
2. Die richtige Absicht (*recta intentio*). Dies ist ein Schlüsselkriterium der öffentlichen Debatte in Kriegseinsätzen, da es um die Frage geht, inwieweit der angegebene Grund mit den tatsächlichen Motiven für einen Krieg übereinstimmt. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass lediglich die Wiederherstellung des Friedens und der Aufbau stabiler Strukturen, etc. akzeptable Motive im Sinne des gerechten Krieges darstellen (Fixdal/Smith 1998: 301). Zumeist ist jedoch ein breiter Komplex von Interessen vorhanden: „States don't send their soldiers into other states, it seems, only in order to save lives“, schließt Walzer (2006: 101). Dies muss, so Gruber, aber kein Argument gegen gerechte Kriege sein (Gruber 2008: 66-68).
3. Die legitime Autorität (*legitima auctoritas*). Thomas von Aquin befand nur eine höchste politische Autorität könne über Krieg und Frieden entscheiden – also eine Autorität, die nur Gott als Richter über sich habe. Das hieß, dass niederen Fürsten kein Recht Krieg zu führen zukam (Krause 2008: 119). Heute besitzen zwar alle Staaten grundsätzlich die legitime Autorität, Kriege zu führen, eingeschränkt wird dies jedoch durch das Gewaltverbot in Art. 2 (4) der UN-Charta. Die völkerrechtliche Legalität entsteht durch das Gewaltmonopol des UN-Sicherheitsrates (Gruber 2008:50-62).
4. Krieg als letztes Mittel (*ultima ratio*). Ein Militäreinsatz ist nur legitim, sofern alle anderen Mittel ausgeschöpft sind, die es möglich machen würden, die Situation friedlich zu lösen. Das heißt aber nicht, dass alle friedlichen Mittel gescheitert sein müssen, vielmehr genügt es, wenn sie als aussichtslos angesehen werden. Hier steht vor allem die Frage nach der Dringlichkeit der Situation im Vordergrund (Gruber 2008:71-72). Beispielhaft kann die Diskussion im Vorfeld des Irak-Krieges 2003 angeführt werden: Im Kern konzentrierte sich die öffentliche Debatte in diesem Fall auf den Konflikt zwischen den USA – dem

„neuen“ und dem „alten Europa“ – auf die Frage, ob schon alle Mittel ausgeschöpft seien und wie dringlich eine Intervention im Irak sei.¹⁸

5. Die vernünftige Aussicht auf Erfolg (die lateinische Formel *ius in bello* weist hier auf das einzig mögliche gerechte Ziel hin: den Frieden). Es sind auch Fälle denkbar, in denen zwar keine Erfolg versprechenden friedlichen Mittel zur Verfügung stehen, gleichzeitig aber auch ein militärisches Eingreifen nicht Erfolg versprechend ist (Mayer 1999: 301). Dabei stehen zwei Fragen im Vordergrund: Kann das Ziel mit militärischer Gewalt erreicht werden oder vergrößert es das Leid nur? Und: Welche Folgen hat die Bekämpfung eines Unrechts? (Graham 1997: 61)
6. Verhältnismäßigkeit der Entscheidung, Krieg zu führen (*proportionalitas*). Die Verhältnismäßigkeit eines Krieges lässt sich unter der grundlegenden Frage zusammenfassen, ob ein Krieg mehr Nutzen bringt, als er Schaden verursacht. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, dass die Schäden bei beiden Kriegsparteien berücksichtigt werden müssen. So müssen beispielsweise große Opferzahlen – wie beim Kriegsgegner im zweiten Golfkrieg bei der Befreiung Kuwaits – oder Auswirkungen auf die internationale Politik, wie im Zuge des Krieges gegen den Irak im Jahr 2003, mit einbezogen werden.

1.2. *Das ius in bello als Widerspruch zur modernen Kriegführung: Asymmetrische Kriege, Risk-Transfer Warfare und postheroische Gesellschaften*

Das *ius in bello* ist hingegen vor allem an das Militär gerichtet und gibt moralische Kategorien der Kriegführung vor. Dabei stehen zwei Kriterien im Mittelpunkt¹⁹ – das Prinzip der Immunität von Nicht-Kombattanten und die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel:

1. Die Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten (*Immunitätsprinzip*). Dieses Kriterium zielt im Kern auf die Unterscheidung von Soldaten und Zivilisten, weiter gefasst geht es um die Unterscheidung zwischen Akteuren, die eine Bedrohung für eine Konfliktpartei darstellen und Akteuren, die keine darstellen. Zentrales Kriterium ist dabei die Zugehörigkeit zu den beteiligten Streitkräften.

¹⁸ Dazu auch Kutz (2006b) und Viehig (2008).

¹⁹ Gerade beim *ius in bello* zeigt sich die unterschiedliche Zusammenfassung der Kriterien bei verschiedenen Autoren. Beispielsweise identifiziert Orend hier verschiedene weitere Kriterien wie die Ächtung von Waffen, das Verbot von Waffen und Methoden, die „evil in themselves“ sind oder den Schutz von Kriegsgefangenen (2008). Hier – so lässt sich vermuten – ist entscheidend, ob die Autoren die Kriterien eher aus dem klassischen philosophischen Diskurs oder aus dem Kriegsvölkerrecht ableiten.

2. Verhältnismäßigkeit der eingesetzten militärischen Mittel. Darunter kann zum Beispiel der Einsatz von geächteten Massenvernichtungswaffen fallen, aber auch die Nutzung von Napalm und „Agent Orange“ wie im Vietnamkrieg. Auch die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki gehören dazu. Meist steht dieses Kriterium in einem engen Zusammenhang mit dem Immunitätsprinzip, da der Einsatz von unverhältnismäßigen Mitteln meist auch mit dem Tod überproportional vieler Zivilisten einhergeht. Hier können auch strategische wie taktische Entscheidungen eine wesentliche Rolle spielen – so zum Beispiel die Bombenabwürfe von Kunduz auf Anforderung der Bundeswehr.

Diese Kriterien spielen – wie die Beispiele zeigen – in der öffentlichen Debatte über Kriege immer wieder eine Rolle. Kriege werden von der Mehrheit der Bevölkerung offenbar nur als gerecht und angemessen wahrgenommen, wenn die Kriterien des gerechten Krieges erfüllt sind, bzw. sie als erfüllt geglaubt werden. Gleichzeitig gibt es wiederum Aspekte der Kriegsführung (bzw. deren öffentlicher Wahrnehmung) die einen Widerspruch zu den Kriterien des gerechten Krieges darstellen. Insbesondere der Unwille, das Leben der eigenen Soldaten zu riskieren, konterkariert leicht vor allem die Regeln des *ius in bello*.

Anders als im Zweiten Weltkrieg und in den atomaren Strategien des Ost-West-Konfliktes sind in diesen Kriegen Zivilisten kein direktes Ziel der Kriegsführung durch die intervenierenden Staaten. Auch die Kriterien des *ius in bello* werden durch diese Akteure zumindest in die Überlegungen mit einbezogen. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat sich zudem in den USA und Europa eine gesellschaftliche Veränderung ergeben, die große Auswirkungen auf die Art und Weise hat, wie Krieg geführt wird: Die Bereitschaft, eigene Soldaten zu opfern, ist immer weiter gesunken. Für diesen Prozess hat Edward N. Luttwak den Begriff der „post-heroic Warfare“ (1995) geprägt. Die Bevölkerung in entwickelten Demokratien ist nicht mehr bereit, „die seit dem Ersten Weltkrieg antizipierbar hohen Verluste eines [... symmetrischen] Krieges hinzunehmen“ (Münkler 2002a: 219) und demzufolge sind „postheroische Gesellschaften“ solche, „in denen der Mentalität des Heldentums keine sozialkonstitutive Rolle zukommt“ (Münkler 2002b). Den Schlüssel für diese Entwicklung sieht Luttwak (1995: 115) in der demografischen Entwicklung dieser Gesellschaften:

“War fought for great purposes implies a willingness to accept casualties even in large numbers. Moreover, a certain tolerance for casualties was congruent with the demography of preindustrial and early industrial societies, whereby families had many children and losing some to disease was entirely normal. The loss of a youngster in combat, however tragic, was therefore fundamentally less unacceptable than for today's families, with their one, two, or at most three children. Each child is expected to survive into adulthood and embodies a great part of the family's emotional economy“